

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 598

Mittwoch, 06. Januar 2016

23. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Wird 2016 ein Jahr des Wandels in Guatemala?.....	1
Gefängnisunruhe in Puerto Barrios hinterlässt acht Tote und 20 Verletzte.....	3
Extraktionswirtschaft und die Gewalt gegen Frauen - Interview mit Sandra Morán.....	3
KandidatInnen für das Kabinett von Jimmy Morales.....	4
Bodendegradation in Zentral- und Südamerika.....	5
9 Millionen Euro für Guatemala und die Anpassung an den Klimawandel.....	6
Steuervergünstigungen für Unternehmen, die sie nicht brauchen.....	6
Verkehrschaos und überhöhte Preise: Zum Jahreswechsel auf Familienbesuch.....	7

Wird 2016 ein Jahr des Wandels in Guatemala?

Im vergangenen Heft haben wir als ¡Fijáte!-Redaktion Rückschau gehalten auf das vergangene Jahr. Mit einem Artikel von Grecia Ortiz, erschienen in der Zeitung La Hora, wollen wir einen Ausblick auf das gerade begonnene Jahr wagen. Was hier wie auch sonst bei vielen Artikeln in Guatemala auffällt, ist die Vagheit der Begriffe. Wandel, Wandel, Wandel, aber wenn von dem Kampf gegen Korruption abgesehen wird, sind die Ausführungen der kompetenten und ehrbaren Prominenten doch unkonkret. Trotz der harschen Kritik an den politischen Parteien und den Kongressabgeordneten wird der auch von den PolitikerInnen und dem gewählten Präsidenten verwendete allgemein-unkonkrete Diskurs kaum verlassen. Dennoch finden sich genügend bemerkenswerte Gedanken, die eine Publikation rechtfertigen.

Die Parole „Der Wandel hat ja kaum begonnen“, den Tausende GuatemalteKInnen auf dem Platz der Verfassung anstimmten, wird im neuen Jahr dann seinen Sinn entfalten, wenn die BürgerInnen zu Hauptakteuren eines Wandels werden. So sagen sie es diverse AktivistInnen und Intellektuelle, die La Hora interviewt hat. Aber die Aufgaben, die seit den Demonstrationen seit dem 25. April 2015 benannt und (kaum) begonnen wurden, werden weder leicht, noch schnell umzusetzen sein, denn es werden viele Hindernisse auf dem Weg zu den gewünschten Reformen stehen.

2015 sind Dinge geschehen, die es in Guatemala zuvor noch nie gab. Angefangen von der Zerschlagung von kriminellen Strukturen innerhalb des Staates, die ein gewisses Vertrauen in das Justizsystem zurückholten. Allerdings wurden rasch jene Hoffnungen in der politischen Klasse beendet, dass damit auch die Vorhersagen der Wahlergebnisse und die Spielregeln in der Politik verändert werden würden. Wenig bis nichts hat sich im Land geändert: das Jahr endete ohne strukturelle Reformen, mit einem Haushaltsdefizit von 4,5 Milliarden Quetzales (542 Mio. Euro), einem Schuldenberg in Höhe von 2,5 Milliarden Quetzales (301 Mio. Euro) und mit einer Bevölkerung, von der die Hälfte in Armut oder extremer Armut leben muss.

Eine Vorausschau auf das Jahr 2016 ist schwierig, aber es gibt nach Meinung der Befragten ein Mittel, um den Weg des Landes zu verändern: die BürgerInnen. Die Rolle der SteuerzahlerInnen und ihre Forderungen können der Faktor sein, der einen Systemwandel in den folgenden Jahren auslösen könnte. Wenn CICIG und die Staatsanwaltschaft (MP) wie im Jahr 2015 ihre Rolle als Protagonist des Wandels spielen, könnten die BürgerInnen motiviert sein, wichtige Akteure zu werden. Aber, so sagen die Interviewten, der Wandel werde nicht rasch kommen, noch werde er leicht sein. Um wirkliche Reformen zu erreichen, muss die Gemeinschaft der GuatemalteKInnen einige Hindernisse überwinden.

Die Strukturen klammern sich an die Macht

Álvaro Pop, Mitglied der Indigenen Organisation für die Planung von Entwicklung - Naleb*, hält die politische und soziale Zukunft Guatemalas für unsicher. Das einzige verlässliche sei, dass sowohl die kriminellen Organisationen, die von CICIG und MP zerschlagen werden, als auch die BürgerInnen, die diese los werden möchten, versuchen werden, ihr Terrain zu behalten und zu stärken. „Für 2016 glaube ich, dass die Kämpfe der sozialen Bewegungen an Intensität zunehmen werden, aber ebenso die Abwehrkämpfe der Mächtigen im Staat. Wir werden eine neue Zusammensetzung des Verfassungsgerichts haben, und die Kräfte der diversen Interessen und jene, die verfassungsmässige Aufgaben erhalten, um die Regierungsmacht zu bilden, werden beginnen, sich in Stellung zu bringen“, sagt er.

Der Direktor von CICIG, Iván Velázquez, sagte im Interview mit La Hora, dass wenn der Staat nicht den Willen habe, die Lücken zu schliessen, die die zerschlagenen Strukturen eröffneten, diese Strukturen sich wieder erholen werden, so wie es im System der Strafjustiz und beim Zoll geschehen sei. „Die gesamte Gesellschaft muss davon überzeugt sein, dass die Aktivitäten der Justiz zur Stärkung des demokratischen Staates beiträgt. Aber das allein reicht nicht aus. Wie wir so häufig gesagt haben: sobald ein Erfolg bei der Ermittlung und Zerschlagung krimineller Strukturen erreicht wurde, muss der Staat weiter daran arbeiten, um zu verhindern, dass diese Gruppen sich wieder neu organisieren können. Und auch die Gesellschaft muss wachsam sein und den Institutionen auf die Finger schauen. Tatsächlich haben wir eine Aufgabe begonnen, die die aktive Teilnahme der BürgerInnen nötig hat, aber auch ein hohes Engagement des Staates“, sagt Velázquez.

Ein politisches System, das seine Privilegien verteidigen wird

Helen Mack von der Fundación Myrna Mack, gibt zu, dass die notwendigen Veränderungen nicht von den Abgeordneten ausgehandelt werden. „Der Kongress ist der gleiche geblieben. Daher wird er das gleiche machen wie bisher, dass, was die Bevölkerung nicht will. Mir scheint, dass der Kongress, der von Partikularinteressen beherrscht wird, nicht in der Lage sein wird, einen Prozess des nationalen Dialogs einzuleiten“, sagt Mack, die diese Einschätzung auch auf die neue Regierung ausdehnt. „Wie sich alles entwickelt ist schwer vorherzusehen, weil Jimmy Morales keine Verhandlungen mit den politischen Parteien angeboten hat, es aber dann getan hat. Er sagt zuerst, dass er eine Regierung nominieren werde und dann dementiert er es. Es gibt viel Unsicherheit und ich glaube, dass die Bevölkerung das nicht lange hinnehmen wird.“ Allerdings werde sich der öffentliche Druck ihrer Ansicht nach nicht auf die Exekutive, sondern auf den Kongress richten, den Ort, wo die nationalen Probleme beginnen und enden. „Es wird nicht mehr den Weg über den (starken) Präsidenten geben, denn das Land hat aufgehört, ein Präsidialsystem zu sein und hat sich in eine Parlamentsrepublik verwandelt“, erklärte Mack.

Das ehemalige Mitglied der Obersten Wahlbehörde (TSE), Mario Guerra Roldán, stimmt mit Mack darin überein, dass das politische System so strukturiert ist, dass es Veränderungen verhindert. „Wenn die gleichen Fraktionen im Kongress weiter machen, kann nicht viel Gutes erwartet werden. Wenn die Parteien sich ändern, wird nichts passieren, es keine Hoffnungen auf Besserung geben, weder im Jahr 2016 noch in der nahen Zukunft“, prophezeit er. Seiner Meinung nach sind die Reformen des Wahl- und Parteiengesetzes, die im Kongress diskutiert werden, überflüssig, da sie die Politik im Land nicht verändern. „PolitikerInnen denken in Legislaturperioden, von Moment zu Moment. Eine Reform muss darin bestehen, dass die politischen Parteien eine Stützsäule der Demokratie sind, die mit der Gesellschaft in Verbindung steht“, sagt er. Eine strukturelle Reform des Parteiensystems ist für ihn der Schlüssel für einen politischen Wandel, wie ihn das Land braucht.

Wird die Regierung auf die Forderungen der BürgerInnen antworten?

Die Zivilgesellschaft und die verschiedenen Sektoren der Bevölkerung werde Forderungen und Erwartungen an die nächste Regierung richten, sagt Carlos Alvarado, der Rektor der Universität San Carlos (Usac). Diese Situation verpflichtet die Regierung dazu, die Forderung der BürgerInnen nach Wandel mit Priorität anzugehen. „Es ist unabdingbar, dass Änderungen im staatlichen Handeln vorgenommen werden. Am wichtigsten sind Transparenz und der Kampf gegen die Korruption. Daher muss sicher gestellt werden, dass die Kabinettsmitglieder fähig und kompetent sind“, sagt der Rektor der USAC. Alvarado geht davon aus, dass die Bevölkerung – aufgrund der Enttäuschung mit der Regierung der PP - wenig Toleranz gegenüber der neuen Verwaltung zeigen wird.

Ronalth Ochaeta, ehemaliger Mitarbeiter des Menschenrechtsbüros des Erzbistums und jetzt freier Analyst, glaubt, dass im soeben begonnenen Jahr Möglichkeiten des Wandels vorhanden seien, dass deren Erfolg jedoch abhängen von der Tiefe und Radikalität eingeleiteter Reformen, von dem Engagement der Zivilgesellschaft, dem Willen der neuen Regierung und den Interessen, den die politischen Schwergewichte des Landes haben, darunter die PDH, die Universitäten, die organisierte Zivilgesellschaft und der Privatsektor. (LH)

-

* Das Wort **Naleb'** stammt aus der Sprache der K'ekchi und bedeutet Idee, Gedanke, Weisheit, Kreativität und Wissen im umfassenden Sinne.

Gefängnisunruhe in Puerto Barrios hinterlässt acht Tote und 20 Verletzte

Puerto Barrios, 1. Jan – Bei Unruhen in einem Gefängnis in Puerto Barrios, Provinz Izabal, kamen am Neujahrstag acht Personen ums Leben und 20 wurden verletzt. Laut der Tageszeitung Prensa Libre begann der Vorfall vermutlich, nachdem ein Kampf zwischen Insassen ausgebrochen war, die Alkohol getrunken hatten, um das Neue Jahr zu feiern. Zwei der Toten wurden geköpft. Mitglieder der Nationalpolizei PNC versuchten einzugreifen, aber die Insassen hinderten sie daran, die Räumlichkeit, wo die Unruhen stattfanden, zu betreten. Die Unruhen wurden gegen zwei Uhr Morgens niedergeschlagen. Einige Insassen versuchten, das Chaos zu nutzen und zu fliehen, da einige Mauern des Gefängnisses aufbrachen; jedenfalls fanden die Autoritäten Lücken, durch die Insassen vermutlich zu fliehen versuchten. La Hora berichtete über eine Twitter-Meldung der Strafjustizverwaltung, dass es sich um einen missglückten Ausbruchversuch handelte. Das Gefängnis in Puerto Barrios war stark überfüllt: Gebaut für 175 Insassen, wurden dort laut La Hora 947 Männer und 40 Frauen festgehalten. Laut Prensa Libre gab es bereits im März 2014 in dem Gefängnis Gewaltausbrüche. Die Überfüllung wird als ein Hindernis gesehen, die Gewalt in Gefängnissen zu kontrollieren. Das Gefängnis hat versucht, die Einfuhr von Schmugglerware zu verhindern. Bei einer Inspektion am 27. Dezember 2015 fanden die WärterInnen 25 Handys und 10 Pfund Marihuana. Von Waffenfunden war in der Mitteilung nicht die Rede, aber selbst hergestellte und eingeschmuggelte Waffen wurden Berichten zufolge bei den Unruhen in der Silvesternacht benutzt. Bereits letzten November starben bei einem Streit zwischen Gangmitgliedern in einem anderen Gefängnis in Guatemala 16 Menschen, wobei auch hier die Überfüllung des Gefängnisses einen Beitrag zu dem Zusammenstoß geleistet haben soll. Innenministerin Eunice Mendizábal sagte, dass Schritte unternommen werden würden, um die Sicherheit in den Gefängnissen des Landes zu verstärken. (teleSUR, PL, LH)

Extraktionswirtschaft und die Gewalt gegen Frauen - Interview mit Sandra Morán

Viele guatemalteckischen AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen haben die Aufmerksamkeit auf die Zusammenhänge zwischen Menschenrechtsverletzungen und der kapitalistischen Form der Entnahme natürlicher Ressourcen gelenkt, welche die zentralamerikanischen Länder ökonomisch dominiert. Insbesondere indigene Frauen sehen sich Angriffen, sexueller Gewalt und sozialer und politischer Repression gegenüber, weil sie ihr Land und die Ressourcen verteidigen. Heather Gies von der englischsprachigen Redaktion des lateinamerikanischen Fernseh- und Nachrichtenkanals teleSUR (gegründet von dem verstorbenen venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez) sprach mit Sandra Morán, um mehr über diese Zusammenhänge zu erfahren. Sandra Morán ist eine feministische Künstlerin, Menschenrechtsaktivistin und wurde bei der letzten Parlamentswahl für die indigene Partei Convergencia als erste bekennende Lesbierin in den Kongress gewählt.

teleSUR: Wie und warum beeinträchtigen Bergbau und andere extraktive Wirtschaftsformen das Leben der Frauen, insbesondere die indigenen Frauen?

Sandra Morán: Projekte der Extraktionswirtschaft zerstören das Land und den sozialen Kitt, also genau die zwei Dinge, die grundlegend sind für das Leben in den Gemeinden insgesamt und der Frauen im Besonderen. Land bedeutet Geschichte, Identität, Schönheit, Kultur, Leben. Sozialer Zusammenhalt bedeutet Beziehungen, Geschichte, Zukunft, Erbe, Kultur und Identität. Frauen sind von den Veränderungen direkt betroffen, die dem Land zugefügt werden. Wenn das Wasser vergiftet wird, ist Waschen, Kochen und Baden unmöglich. Oder der Anbau von Nahrungsmitteln: wenn die Ehemänner und Frauen (aufgrund von Kontamination) ihre Nahrungsmittel nicht mehr in der Nähe ihrer Hütte anbauen können, müssen sie weite Wege zurücklegen, um Korn, Bohnen und Gemüse anzupflanzen. Frauen sind auch besonders betroffen von den psychischen Belastungen, da sie sich oft größere Sorgen um die Familie oder das Leben selbst machen. Oder auch weil sie alle denkbaren Formen der Gewalt fürchten, inklusive der Angst vor Verfolgung aufgrund ihres Widerstands gegen die Megaprojekte. Krankheiten sind auch die Folge von Vergiftung, etwa Hautprobleme und Atemwegserkrankungen.

teleSUR: Wer ist für die physische, sexuelle und psychologische Gewalt verantwortlich, denen sich viele Frauen, die ihre Territorien und Naturressourcen verteidigen, gegenübersehen?

Sandra Morán: Die Verantwortlichen können PolizistInnen sein oder private Polizeikräfte. Es können Männer sein, die von den Unternehmen bezahlt werden. Oder Arbeiter dieser Unternehmen, die ausgesandt wurden, um Gewalt auszuüben oder aber die aus freien Stücken ihre Arbeitsplätze verteidigen wollen. Diese alle sind verantwortlich, aber ob sie auch verantwortlich gemacht werden, hängt davon ab, ob juristische Ermittlungen und Prozesse angestrengt werden.

teleSUR: Was ist in dem Verhältnis zwischen der Extraktionswirtschaft und der Gewalt gegen Frauen und indigenen Gemeinschaften in der Geschichte Guatemalas gleich geblieben?

Sandra Morán: Die Territorien, die die Konzerne sich aneignen, sind die Gebiete der indigenen Gemeinden. In Guatemalas Geschichte hat es verschiedene Landnahmen gegeben: Die erste im Rahmen der kolonialen Invasion des indigenen Landes durch die Spanier, die zweite 1871 mit der liberalen Revolution, bei der die Regierung der Bevölkerung ihr

Land weg nahm und zu Pachtabhängigen (ejido) machten, um Kaffee auf grossen Fincas anzubauen und zu exportieren. Während des Bürgerkrieges wurden viele Menschen ermordet, damit Wasserkraftwerke, Zuckerrohr- oder andere cash-crop-Plantagen gebaut werden konnten. Mit Blick auf diese Vorkommnisse haben viele Gemeinden Land besetzt, das ihnen gegeben wurde oder um das sie kämpften. Von genau diesen Ländereien wollen die Konzerne nun die Leute vertreiben, was tatsächlich ein weiterer Akt der Landnahme bedeutet. Daher verteidigen die Menschen ihr Land, weil sie über viele Generationen hindurch herum geschupst worden sind. Die Widerstandsgemeinden sind meist indigen und es sind Bäuerinnen, die das Leben, der Bevölkerung und die zukünftigen Generationen verteidigen. ("<http://www.telesurtv.net/english/opinion/Interview-Resource-Extraction-Destroys-Guatemala-Social-Fabric-20151213-0018.html>")

KandidatInnen für das Kabinett von Jimmy Morales

Guatemala-Stadt, 28. Dez. - In sozialen Netzwerken zirkuliert eine Liste von möglichen KandidatInnen für das Kabinett des gewählten Präsidenten Jimmy Morales. Genannt werden folgende Namen:

Gesundheits- und Sozialministerium:

Dr. Alfonso Cabrera (Kardiologe, arbeitet in der Einheit für Herzchirurgie Guatemala (Unicar); er versichert, dass er keine Informationen über eine Nominierung hat, dass er eine solche aber nicht ausschliessen könne);

Ministerium für Soziale Entwicklung:

José Moreno Cordón (Laut soy502 der einzige, der angibt, dass er den Posten übernehmen werde. Und der sagt, die Liste sei zum grossen Teil korrekt. Moreno ist führendes Mitglied der Rotarier, der Feuerwehr und war Präsident der „Nationalen Liga gegen Krebs“. Er ist Unternehmer und war von 2006 bis 2008 Geschäftsführer von Guatel. Sein Unternehmen verkauft alle Formen von Eis);

Wirtschaftsministerium:

Rubén Morales Monroy (Er erklärte gegenüber soy502, dass er sich für eine Bewerbung entschieden habe, aber er könne nicht bestätigen, dass er für diesen Posten nominiert sei. Er versicherte, dass „wenn der Präsident mich ruft, ich kommen werde“. Er war Kongressabgeordneter für die Fraktion CREO-Unionista und Stellvertretender Wirtschaftsminister während der Regierung von Álvaro Colom);

Bildungsministerium:

Dr. Óscar Hugo López Rivas (Leiter der Schule zur Lehrerweiterbildung in der Medienpädagogik (EFPREM) der USAC, politisch eher links der Mitte stehend);

Finanzministerium:

Julio Héctor Estrada (Der Ökonom und derzeitige Direktor der Agentur für Öffentlich-Private Allianzen, bestätigte gegenüber soy502, dass er eine Anfrage für den Posten des Finanzministers erhalten habe, er aber nicht sagen könnte, ob er tatsächlich ausgewählt worden sei oder nicht. „Unter den richtigen Bedingungen würde ich meine Erfahrungen zum Wohl des Landes beitragen. Wenn alles gut läuft, arbeite ich mit“, sagte er);

Energie- und Bergbauministerium:

Pelayo Castañón (Er bestätigte gegenüber soy502, dass er „zu einigen Treffen“ eingeladen worden sei, um auszuloten, wie er als Experte für Energiefragen zur Regierungsarbeit von Jimmy Morales beitragen können. Deshalb steht er auf der Liste als Kandidat für das Energie- und Bergbauministerium. Er wäre dazu bereit, sofern der Präsident ihn nominieren würde und sofern die Bedingungen stimmen. Castañón hatte mehrere Jahre hindurch hohe Exekutivposten bei der staatlichen venezolanischen Ölgesellschaft *Petróleos de Venezuela*);

Umweltministerium:

Hilda Mireya Archila (Cousine des – korrupten - ex-Bergbauministers, Erick Archila; sonst ist sie politisch offenbar nicht in Erscheinung getreten);

Arbeitsministerium:

Lety Teleguarrio (Über diese Person gibt es keinerlei Informationen im Internet);

Ministerium für Land- und Viehwirtschaft sowie Nahrungsmittel:

Mario Méndez (Er befindet sich laut Angaben seiner Familie ausserhalb des Landes und werde im Januar zurückkehren. Sie wisse nichts über eine mögliche Regierungsbeteiligung bzw. wie Méndez dazu stehe. Der Unternehmer unterstützte die Kampagne von Baldizóns' Lider.);

Ministerium für Verkehr, Infrastruktur und Wohnungsbau:

Mario Marroquín (ist Geschäftsführer von Goldcorp, der gegenüber soy502 sagte, Jimmy Morales habe ihm diesen Posten angeboten, aber er habe ihn abgelehnt);

Ministerium für Kultur und Sport:

Álvaro Zepeda (Er antwortete auf diesbezügliche Fragen von soy502, dass „er nichts damit zu tun habe“, weil er in diesem Feld gar keine Erfahrungen habe. Allerdings habe es Kontakte zu Jimmy Morales gegeben und er wäre bereit, einen Ministerposten zu übernehmen, der seinem Erfahrungsschatz entspreche, etwa Verkehr und Kommunikation);

Aussenministerium:

Carlos Raúl Morales, (Der aktuelle Aussenminister Morales hatte Jimmy Morales auf dessen Reisen durch die Regionen begleitet, auf der anderen Seite träumen – laut soy502 – zwei andere von dem Posten: der Diplomat José Luis Chea und Zury Ríos, Tochter von Ríos Montt und Präsidentschaftskandidatin von VIVA).

Es fehlen auf der Liste die wichtigen Ämter des **Verteidigungs-** und des **Innenministers**. Die Kabinettsliste wird am 13. Januar bekannt gegeben, einen Tag vor der Amtsübernahme von Jimmy Morales, die im Nationaltheaters des Kulturzentrums Miguel Ángel Asturias stattfinden wird.

Bodendegradation in Zentral- und Südamerika

Guatemala, 17. Dez. Die Erosion, der Verlust von organischem Kohlenstoff und die Versalzung stellen drei folgenschwere Probleme für die Böden Zentral- und Südamerikas sowie der Karibik dar. Dies ergab eine Studie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die während der Schlusszeremonie des Internationalen Jahr der Böden vorgestellt wurde. In Anbetracht der Nahrungsmittelunsicherheit in mehreren Departements ist gerade dieses Thema auch von entscheidender Bedeutung für Guatemala. Die Studie „Der Zustand der Ressource Böden in der Welt“ verlangt nach einer grossen Anstrengung, um Methoden einer nachhaltigen Nutzung der Böden zu entwickeln und in der Region umzusetzen, damit die Leistungen am Ökosystem, die der Boden erbringt, geschützt und zugleich die Ernährungssicherheit garantiert werden kann. Obwohl Lateinamerika und die Karibik eine der an Naturressourcen reichsten Regionen der Welt sind, führt der voranschreitende Abbau von Mineralen, die Förderung von Erdgas, die Abholzung von Wald und die Umwandlung zu Weideland zu dramatischen Änderungen in der Nutzung der Böden und zu ihrer Degradation. Diese Böden aber sind notwendig, um den Hunger und die Armut zu beenden.

Anthropogen bedingte Ursachen

Obwohl die Hauptursachen für die Degradation der Böden der Region in deren natürlichen Beschaffenheit und Vegetationsbedeckung gesehen werden, sind die vom Menschen verursachten Schäden und kulturellen Verhaltensweisen ebenso wichtige Faktoren. Darunter fallen ungeeignete landwirtschaftliche Praktiken, die aufgrund der ungerechten Verteilung des Landes und der unsicheren Eigentumsrechte entstehen, aber auch der Mangel an Forschung. Die Abholzung der Wälder und untaugliche Landnutzungsmethoden führen zu Bodenverarmung und -erosion. Diese beiden Aspekte müssen in Angriff genommen werden, um die Zielmarken einer Nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Böden haben wichtige Aufgaben im Ökosystem und sind notwendig für die Entwicklung der Region, da die Nahrungsmittelproduktion auf der landwirtschaftlichen Nutzung der Landflächen basiert. Falsche Landnutzung beeinflusst aufgrund erhöhter Emissionen von Treibhausgasen wie Kohlenstoff und Stickoxide, die aufgrund von Entwaldung und landwirtschaftlicher Nutzung von Böden entstehen, direkt den Klimawandel. Betroffen ist weiterhin die Quantität und Qualität des Wassers.

Wind- und Wassererosion

Die Erosion ist eines der schwerwiegendsten Probleme, da sie weite Teile der Region betrifft, vor allem Zentralamerika. Die durch Wasser bedingte Erosion und Erdbeben entstehen vor allem in bergigen Zonen, die entwaldet wurden, sehr trocken sind, und durch hohe Tiernutzung überweidet wurden. Unter diesen Bedingungen ist der vegetationslose Boden der Energie des abfliessenden Niederschlagswassers oder des Windes hilflos ausgesetzt und wird abgetragen.

Änderung des Gehalts an organischen Bodenkohlenstoff

Der Bodengehalt ändert sich vor allem dadurch, dass weniger Kohlenstoff durch die (fehlende) Vegetation dem Boden zugeführt wird, wie es nach einer Entwaldung der Fall ist. Ebenso schreitet die Mineralisierung der Humusschicht durch tiefes Pflügen rascher voran, da Sauerstoff in tiefere Bodenlagen gelangt. Die Hälfte der tropischen Wälder befinden sich in Lateinamerika. Eben dort wurde bis vor kurzem die höchste Abholzungsrate weltweit verzeichnet.

Voranschreitende Versalzung

Die natürliche Versalzung ist ein verbreiteter Prozess in trockenen und semiariden Regionen, so auch in Lateinamerika. Allerdings führen auch anthropogene Ursachen wie nicht sachgerechte Bewässerungsmethoden, fehlende Drainagesysteme und die Bewässerung mit Wasser von schlechter Qualität zur Versalzung von Böden. Die verminderte Bodenqualität führt wiederum zu einer Abnahme der Produktivität. (Cerigua)

9 Millionen Euro für Guatemala und die Anpassung an den Klimawandel

Guatemala, 17. Dez. Die deutsche Regierung spendete über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 9 Millionen Euro, die für Projekte für die Anpassung an den Klimawandel bestimmt sind. Das Abkommen trat mit den Unterschriften des Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN), der KfW und des Sekretariats für Planung des Präsidentsamtes (SEGEPLAN) in Kraft.

Besagte Fördermittel, die dem MARN übergeben wurden, finanzieren Projekte in den Departements Baja Verapaz, El Progreso und Zacapa. Diese zielen auf die Erhaltung der Wälder, die nachhaltige Nutzung der Böden und des Wassers ab, sowie auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der Anpassung an den Klimawandel und Beratungsdienstleistungen. Dieses Abkommen steht im Zusammenhang mit den Pariser Klimaabkommen der Konferenz der Vereinten Nationen, die Anfang Dezember 2015 von 195 Staaten verabschiedet wurden.

Der guatemaltekische Umweltminister Andreas Lehnhoff Temme versicherte, dass dies ein sehr bedeutender Beitrag für Guatemala sei, vor allem in Anbetracht der grossen Trockenheit im Norden Zentralamerikas. Der Minister führte weiter aus, dass die Nahrungsmittelunsicherheit, die Verschlechterung der Qualität der Böden, die negativen Effekte der Trockenheit, die niedrige landwirtschaftliche Produktion, der fehlende Zugang zu Wasser und die extreme Armut nur einige der schwerwiegenden Probleme sind, die rund zwei Millionen Personen aus besagten trocknen Regionen des Landes betreffen. „Die Projekte werden uns helfen, einige der Problematiken anzugehen, gegen die Guatemala ankämpft, etwa die Menge und Qualität der hydrologischen Ressourcen, der Verlust der Artenvielfalt, die sinkende Getreideproduktion“, versicherte Ekaterina Parilla, Leiterin des SEGEPLAN. (Cerigua)

Anmerkung der Redaktion: Umweltminister Lehnhoff ist seit Mitte September 2015 im Amt. Er war zuvor bei großen US-Naturschutzorganisationen beschäftigt, u.a. The National Conservancy (TNC) und World Wildlife Funds (WWF), aber in den 1990er Jahren auch Direktor des Rates für Nationale Naturschutzgebiete (CONAP).

Steuervergünstigungen für Unternehmen, die sie nicht brauchen

Guatemala, 16. Dez. 1989 wurde ein Gesetz verabschiedet, um die einheimische Textilindustrie durch die Einführung von Steuervergünstigungen gegenüber der von China wettbewerbsfähig zu halten. 26 Jahre und eine Reform später, so berichtet ein Artikel des Internetmagazins Nómada, können nun mit der Verabschiedung der Initiative 5007 durch den Kongress auch grosse, bereits existierende Exportunternehmen Steuervergünstigungen erhalten.

Claudia García, Wirtschaftsexpertin der Vereinigung für soziale Forschung und Studien (ASIES) hält nichts von dieser Ausweitung von Steuervorteilen für exportierende und Textilunternehmen, da dadurch die – ohnehin schmalen - Steuereinnahmen des Staates weiter geschmälert werden. García gab an, dass viele Unternehmen seit mehreren Jahren Steuervorteile genossen, damit sie ihre Aktivitäten in Guatemala weiterführen, ohne dass jedoch sichtbare Resultate in diesem Bereich erreicht wurden. Wenn wir wüssten, wie viele Vorteile die Gesellschaft in diesem Zeitraum durch die Steuervorteile der Unternehmen erhalten habe, z.B. anhand der Schaffung von Arbeitsplätzen oder Lohnerhöhungen, wäre es einfacher diese Art von Initiative zu befürworten, unterstrich sie. Die Expertin wird in ihrer Haltung, dass eine solche Politik wenig förderlich, von der Weltbank bestätigt. Diese schlug vor, andere Massnahmen zu ergreifen und Steuervorteile zu eliminieren, um die ausländischen Investitionen zu stärken. Die Steuervorteile wirken sich auf die Steuereinnahmen aus und vermindern letztendlich die staatlichen Mittel, die für öffentliche Ausgaben bestimmt sind. Ausserdem schrecken sie SteuerzahlerInnen ab, denn wenn eine Person seine Steuern zahlt, aber weiss, dass andere dies nicht tun, dann wird er nicht animiert dies weiterhin zu tun, fügte Garcia hinzu. Die Expertin hinterfragt die Ausweitung der Steuererleichterungen auf andere Wirtschaftssektoren, denn wenn sie bisher Steuern zahlten und dabei trotzdem Gewinne erzielten, warum sollte man ihnen Vorteile einräumen? Zumal die Unternehmen gar keine Arbeitsplätze schaffen würden. Nómada fand 47 'Mega'-Unternehmen, die unter diesem Dekret Vergünstigungen erhalten - darunter das Bergbauunternehmen Montana, der Hersteller von Rum XL, Monsanto, Kellogg, Procter & Gamble und Colgate Palmolive. (...) Alternative Massnahmen zur Investitionsförderungen sind für Claudia Garcia die Verbesserung der inneren Sicherheit im Land und der Kampf gegen Erpressungen. Ein Bericht von ASIES informiert, dass die Unternehmen derzeit 15% ihres Budgets für private Sicherheit veranschlagen. Auch könnte die Ausbildung verbessert werden, und zwar durch die Verwendung von Steuereinnahmen zu diesem Zwecke. So würden qualifizierte Arbeitskräfte vor Ort ausgebildet, die die Produktivität in den Unternehmen erhöhen.

Während der letzten Wochen hat der Unternehmenssektor starken Druck auf den Kongress ausgeübt, damit dieser die Initiative 5007 als Notgesetz für die Erhaltung von Arbeitsplätzen verabschiedet, welches Export- und Textilunternehmen Steuerbefreiungen für die nächsten 10 Jahre zusichert. Die UnternehmerInnen argumentierten, dass ohne dieses Gesetz 100.000 Arbeitsplätze verloren gehen und die Unternehmen in andere Länder wie Nicaragua abwandern könnten, wo solche Vorteile noch immer existieren. (Cerigua, Nómada)

Verkehrschaos und überhöhte Preise: Zum Jahreswechsel auf Familienbesuch

Guatemala, 31. Dez – Tausende GuatemalteKInnen machten sich bereits früh zu den Busterminals auf, um in verschiedene Provinzen zu reisen und den Jahreswechsel mit der Verwandtschaft zu verbringen. Die Nutzer des Öffentlichen Verkehrsmittel erklärten, dass die Fahrpreise an den letzten Tagen des Jahres angehoben worden seien, obwohl die Benzinpreise gerade mal bei um die 20 Quetzales pro Gallone (das entspricht ca. 0,60 Euro pro Liter) liege.

So entschied sich etwa Luis Coc gemeinsam mit seiner Frau und seinem einjährigen Kind nach Quiché zu reisen. Auf dem Busterminal sagte er zur Reporterin von La Hora, dass er um sechs Uhr morgens aufbrechen müsse, um gegen Abend anzukommen. „Ich hätte fast die Reise nicht antreten können, aber heute habe ich es mit meiner Familie geschafft. Meine Frau hat ihre Familie im Quiché. Die wollen wir besuchen. Es sind viele Leute unterwegs, sodass wir entschieden, früh los zu gehen, um einen Platz im Bus zu ergattern.“

Laut den Verkehrsgesellschaften an den Busterminals der Zone 4, die Richtung Norden, Süden und Westen fahren, war das Passagieraufkommen am 24. und 25. Dezember am höchsten. Edgar Guerra, im Büro des Menschenrechts-Ombudsmanns (PDH) für die Rechte der VerkehrsteilnehmerInnen zuständig, sagte, dass er – ebenso wie die Verkehrsabteilung der PNC und die Generaldirektion für Transportwesen (DGT) - einige Unregelmässigkeiten an diesem Morgen festgestellt hätten, darunter der Anstieg der Fahrpreise.

„Die BusfahrerInnen sagen, dass sie nur den Weg berechnen, bis zu dem die Passagiere fahren wollen, aber sie verlangen Geld für den ganzen Weg (den der Bus nimmt), manchmal bis zu 80 Quetzales. Eine Fahrt auf dem Dach eines Bus sollte 35 Quetzales kosten.“ Laut Guerra sollte solche Vorkommnisse sanktioniert werden, weil sie die meist karge Familienkasse belasten. Er berichtet auch von unzulässigen überhöhten Fahrpreisen bei den Stadtbussen 68, 69, 70 und 71. Hugo Rodríguez, Direktor der DGT sagte, dass 98 Strafzahlungen für Transportfirmen wegen überhöhten Preisen verhängt worden seien und dass an den Hauptverkehrsadern weitere Kontrollen durchgeführt worden seien, um noch mehr Fälle aufzuspüren. „Wenn wir eine überhöhten Preis feststellen, geben wir den überhöhten Betrag zurück und führen ein Ermittlungsverfahren durch, um das Transportunternehmen zu bestrafen.“

Beschränkungen des Lastwagenverkehrs

Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens zum Jahreswechsel hat das Verkehrsministerium Einschränkungen des Lastwagenverkehrs zwischen 31.12. mittags und dem 1. Januar, 24 Uhr verfügt. Damit sollten Verkehrsunfälle während der Feiern des Jahreswechsels vermieden werden. Die Einschränkungen gelten freilich nicht für jene Lastwagen, die leicht verderbliche Waren, Brennstoffe, Getränke und Nahrungsmittel transportieren. Die Beschränkungen galten bereits zu den Weihnachtsfeiertagen. (LH)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnemement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnemement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6